

Beschlüsse

Übersicht	Seite
Programmdebatte	02 - 06
Arbeit und Soziales	07 - 09
Wirtschaft, Finanzen und Verkehr	10
Familienpolitik	11
Bildungspolitik	11
Umwelt und Energie	12 - 13
Organisationspolitik	13

Beschluss/Thema: Die Märkte der Zukunft – Klimaschutz und Wohlstand in den Industriegesellschaften	Antrag Nr.: P 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Programmdebatte	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 5 Der SPD-Bezirk Braunschweig beantragt die Aufnahme des folgenden Textes in das neue SPD-Grundsatzprogramm:

10 Der globale Klimawandel und die weltweite Nachfrage nach Energie stellen unsere Welt vor Herausforderungen, die schon heute für viele Menschen spürbar sind. Uns nachfolgende Generationen werden davon sogar tief greifender betroffen sein, als wir uns das heute vorstellen können. Die Vorbote solcher Entwicklungen sind da. Sie betreffen die Versorgung mit Lebensmitteln und das Auftreten neuer Hungersnöte, den Bestand an Süßwasser und die Sicherheit der Wasserversorgung, die Versorgung mit Energie, die Entwicklung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum, militärische Konflikte, die wachsende Nord-Süd-Kluft und neue Formen des internationalen Terrorismus.

Wirtschaftswachstum von Energieverbrauch entkoppeln

20 Die globale Erwärmung unseres Planeten bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach Energie sind Belege dafür, wie sehr sich die politischen Koordinaten inzwischen immer mehr miteinander verschränken. Es zeigt sich, wie sehr das Grundproblem der Knappheit, nämlich der Schutz der natürlichen Ressourcen, sich in neuer Weise mit anderen globalen Menschheitsherausforderungen verbindet. Der Ressourcenschutz wird zur zentralen Zukunftsfrage. Und dabei sind ökologische, ökonomische, außen- und sicherheitspolitische Aspekte eng miteinander verschränkt. Neue Konstellationen und neue Koalitionen sind denkbar und notwendig. Denn alles hängt auch klimapolitisch mit allem zusammen.

30 Wenn es richtig ist, dass sich die Probleme der Industriegesellschaft nur mit den Mitteln der Industriegesellschaft lösen lassen, dann gibt es auf die beiden zentralen Herausforderungen unserer Zeit: die globale Erwärmung und der steigende weltweite Energieverbrauch nur eine Antwort: Wir müssen das wirtschaftliche Wachstum vom Energieverbrauch entkoppeln. Und das gelingt uns nur mit einer konsequenten Ausrichtung der Umweltpolitik auf technologische Innovationen.

35 Für die Umweltpolitik bedeutet dies einen tief greifenden Paradigmenwechsel: Von der bisherigen Wächterfunktion hin zu einer Treiberrolle beim Umbau der Industriegesellschaft. Dieser Wandel zu einer „neuen“ Umweltpolitik, die den technischen Fortschritt als übergreifende Idee zur Lösung der Probleme industriellen Wirtschaftens neu entdeckt, ist seit einiger Zeit im Gange. Dabei gewinnt dieses fortschrittliche Verständnis von Umweltpolitik auch international immer mehr gesellschaftliche und ökonomische Verbündete.

45 Inzwischen gilt es als gesichert, dass der globale Klimawandel schneller kommt als bisher gedacht. Bei einer ungebremsten Erwärmung der Erdatmosphäre müssen wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts mit einem globalen Temperaturanstieg um bis zu 6 Grad Celsius rechnen. Die ökologischen Folgen wären verheerend. Deutschland und die EU haben sich daher zum Ziel gesetzt, den globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

50 Doch nicht nur die ökologischen Folgen einer ungebremsten Erwärmung wären kaum verkraftbar, auch die ökonomischen wären kaum zu bezahlen. Schätzungen des ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, gehen davon aus, dass die Folgen unterlassenen Klimaschutzes mit bis zu 20 Prozent des globalen Bruttonettoproduktes zu

Busche schlagen. Entschiedener Klimaschutz heute kostet zwar auch Geld, ist aber erheblich günstiger und wirkt vor allem nachhaltiger. Denn die Investitionen dafür zahlen sich auch für Wirtschaft und Beschäftigung langfristig aus.

5 Klimaschutz wird so zur globalen Volkswirtschaftspolitik, wenn wir heute die richtigen Weichen stellen. Denn das Bevölkerungswachstum und die damit verbundene Nachfrage nach Energie und Rohstoffen hält unvermindert an. Für eine moderne Umweltpolitik bedeutet dies eine enorme Herausforderung, aber auch gewaltige neue Chancen. Dazu bedarf es aber einer Neuausrichtung der Politik und einer Neudefinition der Rolle des Staates: aktivierend
10 gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft und ökologisch in Bezug auf Wachstum und Ressourcenverbrauch.

Ökologische Industriepolitik als globale politische Strategie

15 Dabei geht es nicht mehr um die Diskussion der Grenzen des Wachstums, sondern um die wirksame Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Es geht also um nicht weniger als um die Neuausrichtung unserer industriellen Lebensweise. Im Mittelpunkt dieser modernen Umweltpolitik muss daher auch eine neue wirtschaftliche Strategie von Politik und
20 Wirtschaft stehen: die „ökologische Industriepolitik“. Und als entscheidender Hebel dieser Neuausrichtung bedarf es eines regelrechten Umdenkens im Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Wir nennen das Effizienzrevolution.

Schon heute zeigt sich, dass der globale Bedarf an Umwelttechnologien, Ökoinnovationen und ressourcenschonenden Prozessen und Produkten enorm wächst. Dieser globale
25 Entwicklungstrend geht unvermindert weiter. Der Vorsitzende des Club of Rome stellt zu Recht fest: Die Märkte der Zukunft sind grün. Zu diesen Leitmärkten zählen u. a. Energie, Effizienztechnologien, Mobilität, Life Science, Wasserwirtschaft und Recyclingökonomie. Das Potenzial dieser Märkte ist gewaltig. Experten schätzen es auf rund 1.000 Milliarden Euro. Schon bis zu Jahr 2020 könnte es sich von heute aus betrachtet verdoppelt haben.

30 Dabei steht fest: Die Länder und Regionen, welche die technologische Führerschaft in diesen zentralen Zukunftsbereichen erlangen und behaupten, verfügen über die entscheidenden Vorteile im globalen Wettbewerb - und damit auch über die Grundlagen für Wohlstand und Beschäftigung. Die internationale Politik steht daher in der Verpflichtung, ihr Handeln
35 konsequent und beherzt auf diese Zukunftsbereiche neu auszurichten. Insofern ist die Neuorientierung unserer Wirtschaftspolitik hin auf eine ökologische Industriepolitik zugleich eine übergreifende und koordinierende Modernisierungsstrategie, die weit über unser Land hinaus weist.

40 Mittels dieser ökologischen Modernisierungsstrategie wollen wir Wirtschaft und Unternehmen fit machen für die Leitmärkte der Zukunft und zugleich strategische Zukunftsindustrien stärken. Daneben wollen wir die industrielle Struktur unserer Wirtschaft auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen und eine neue Orientierung der Produktion von heute auf
45 Standards und Märkte von morgen anstoßen.

Ein derart tief greifender Umorientierungsprozess muss eingebettet sein in weltweite soziale und ökonomische Innovationsprozesse sowie kulturelle und gesellschaftliche Debatten in den großen Wirtschaftsräumen der Welt. Die Wiederbelebung der Idee des technischen Fortschritts ist somit kein technokratisch-administrativer Vorgang, sondern bedarf eines übergreifenden
50 politischen und gesellschaftlichen Konsenses. Im Kern handelt es sich um einen gleichermaßen ökonomischen

wie ökologischen „New Deal“, der den traditionellen Gegensatz von Wirtschaft und Umwelt dauerhaft überwindet. Wir stehen am Beginn eines neuen Zeitalters, einer Epoche der
55 „grünen“ Ökonomie.

Dieser Prozess bringt der Menschheit eine ökologische wie ökonomische Dividende: Denn er führt erstens zur Vermeidung des globalen Klimacrashs und zweitens zur gewünschten Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Und zugleich eröffnet er drittens neue

Wachstumspotenziale, ohne die Umwelt und die natürlichen Ressourcen dauerhaft zu beeinträchtigen. Deutschland als wirtschaftlich stärkster Teil der Europäischen Union muss bei diesem Prozess Schrittmacher und Innovationstreiber sein. Nur so schaffen wir es, die ambitionierten Ziele der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 Wirklichkeit werden zu lassen: nämlich 20 Prozent Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zugleich 20 Prozent Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen und so die Vorreiterrolle zu behaupten. Diese neue Energiepolitik ist daher Kern einer integrierten energiepolitischen Gesamtstrategie.

Klimawandel und Wandel der Umweltpolitik

Die Umweltpolitik steht vor einem Paradigmenwechsel. Von der Wächterfunktion hin zur Treiberrolle wird sie eine Schlüsselfunktion beim Umbau der Industriegesellschaften einnehmen. Sie wird damit die politische Agenda im 21. Jahrhundert noch stärker prägen als im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts. Die Schnittstellen und Überschneidungen mit anderen Politikbereichen werden immer größer und sind mittlerweile evident. Es gibt keinen Zweifel mehr, dass die klimaverträgliche Produktion und Konsumtion zur Menschheitsfrage geworden ist. Aber auch die sozialen, außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Aspekte sind mittlerweile unübersehbar. Die Bekämpfung der CO₂-Emission ist mittlerweile auch zu einer Frage von Krieg und Frieden geworden.

Dabei wissen wir, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern gerade jenen besonders teuer zu stehen bekommt, die einen überproportionalen Anteil ihres Einkommens für die Begleichung der Heiz- und Tankrechnung aufwenden müssen. Afrika zum Beispiel muss inzwischen immer mehr die ihm weltweit zur Verfügung stehenden Entwicklungshilfemittel für die steigenden Öl- und Gaspreise verwenden. Die Folgen sind schon heute sichtbar: Die Entwicklungsländer sind wieder einmal die Hauptleidtragenden dieses Prozesses; und die Gefahr von Konflikten bis hin zu Kriegen und Bürgerkriegen um begrenzte Rohstoffe wächst.

Eine innovationsorientierte Umweltpolitik, die auf den sparsamen und effizienten Einsatz von Rohstoffen und Energie setzt, hilft nicht nur den Klimawandel abzubremesen, sondern trägt auch bei zu mehr ökologischer Gerechtigkeit und zu mehr internationaler Fairness. Dazu bedarf es neuer Formen kooperativer Partnerschaften mit allen Teilen der Welt. Das macht nicht nur unser Land weniger abhängig von internationalen Energie- und Rohstoffmärkten, sondern auch alle übrigen Energie importierenden Länder resistenter gegenüber der ressourcenorientierten Macht- und Außenpolitik von Energie exportierenden Staaten.

Wenn ökologisch und ökonomisch unabhängiger zu wirtschaften bedeutet, auch dauerhaft in Wohlstand und Sicherheit zu leben, dann sollten wir Sozialdemokraten mit dafür sorgen, dass mehr Unabhängigkeit, mehr Fairness und mehr Partnerschaft zwischen reichen und armen Ländern und Wirtschaftsregionen der Welt herrscht. Dafür bedarf es kraftvoller und wirksamer politischer, wirtschaftlicher und technologischer Impulse, zu denen die SPD bereit und fähig ist.

Beschluss/Thema: Änderungsantrag zum Entwurf Grundsatzprogramm, Bereich „Bildung“	Antrag Nr.: P 3
Antragsteller: Unterbezirk Wolfsburg	
Block: Programmdebatte	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

5

Änderungsantrag zum Kapitel

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft (Seite 51 ff.)

Dem Kapitel wird folgendes hinzugefügt (fettgedruckt):

10

(nach 2. Absatz):

Dies gilt auch für die Kinder mit Behinderungen

(einfügen als letzten Absatz):

15

Für alle Bildungsbereiche sollen vier Prinzipien gelten: Chancengleichheit, Ganzheitlichkeit, Durchlässigkeit und Qualität. Es geht uns um die bestmögliche Bildung für alle vom Kindergarten über die Schule bis in die Hochschule sowie um die gleichzeitige Förderung in der Breite und an der Spitze.

Bildung von Anfang an

20

(Ende 3. Absatz):

- Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung, der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes und der Gleichstellung von Mädchen und Jungen gelten, sowie den Kindern mit Behinderungen. (Seite 52)

Gemeinsam lernen (Seite 52) einfügen als 2. Absatz :

25

- Über die Bildungswege und Bildungschancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir wollen daher weiter für ein Schulsystem werben in dem Kinder länger zusammen und von einander lernen. Dies ist am ehesten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zum Abschluss der Sekundarstufe I mit individueller Förderung der Schülerinnen und Schüler. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems ist unser Ziel.
- Die Beschulung behinderter Kinder sollte künftig weitestgehend in der von uns geforderten „Gemeinsamen Schule“ erfolgen.

30

Die berufliche Ausbildung modernisieren

35

(Ende 2. Absatz):

- Die Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen, dazu gehört zum Beispiel die Ausbildungsplatzumlage. Ergänzende vollschulische Berufsausbildung muss zu gleichwertigen Abschlüssen führen. Wir wollen ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen. (Seite 53)

40

Das Studium und die Forschung stärken (Seite 53)

45

(Ende 3. Absatz):

- Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen eng zusammen arbeiten. Lehre und Forschung müssen frei sein. Mit dieser Freiheit muss verantwortungsvoll umgegangen werden.

- (Ende 5. Absatz):
Das Studium muss auch aus einer beruflichen Qualifizierung heraus möglich sein. Wir wollen, dass die Zulassung zu Fachhochschulen und Universitäten auf der Grundlage einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung im Hochschulrecht grundsätzlich geöffnet wird. Der Staat unterstützt das Studieren durch Zuschüsse, Darlehen und Stipendien.

5

Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft (Seite 54)
(nach 2. Absatz):

10

- Dazu gehört auch die Unterstützung der Bevölkerungsgruppen, die sich aus finanziellen Gründen den Zugang zur Weiterbildung derzeit nicht leisten können.

Beschluss/Thema: Lebensarbeitszeit menschlich gestalten	Antrag Nr.: A 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Arbeit und Soziales	

Wir wissen: Viele Beschäftigte erreichen bereits heute nicht das gesetzliche Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Fehlende Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gesundheitlich belastende Arbeitsverhältnisse sind die Gründe dafür. In vielen Berufen – vor allem in Tätigkeiten im Schichtdienst – ist ein Ausscheiden deutlich vor dem 65. Lebensjahr unausweichlich. Für diese Berufsgruppen bedeutet die Erhöhung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre nur eine weitere Kürzung ihrer monatlichen Rentenansprüche. Vor allem bei niedrigen und mittleren Einkommen kann dies schnell zur Altersarmut führen.

Der SPD-Bezirk Braunschweig fordert deshalb den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, den Beschluss zur Verlängerung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zu ergänzen durch:

1. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen, die unter Vermeidung von hohen Einkommens- und/oder Rentenverlusten das Ausscheiden vor der gesetzlichen Altersgrenze von 67 Jahren ermöglichen. Hierbei ist zu prüfen, wie eine weitere staatliche Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit möglich ist.
2. Die weitere tarifvertragliche und steuerliche Förderung beim Aufbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, insbesondere auch für kleine und mittlere Betriebe.
3. Die Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit, um die wöchentliche Arbeitszeit den sowohl den Anforderungen der Familienphase als auch den gesundheitlichen Einschränkungen insbesondere im Alter gerecht zu werden.
4. Die Verbesserung der schulischen Qualifikation, damit der Beginn der Ausbildung bzw. des Berufseintritts vor dem 20. Lebensjahr erfolgt, um nach den jetzt geltenden gesetzlichen Regelungen ein Ausscheiden aus dem Berufsleben nach 45 Versicherungsjahren mit dem 65. Lebensjahr zu ermöglichen und dadurch keine Rentenverluste zu erleiden.
5. Die Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
6. Die weitere Humanisierung der Arbeitswelt, die Unterstützung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge und Maßnahmen für altersgerechtes Arbeiten, um ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben aus gesundheitlichen Gründen zu vermeiden.

Beschluss/Thema: Mindestlohngesetz	Antrag Nr.: A 5
Antragsteller: Unterbezirk Salzgitter	
Block: Arbeit und Soziales	

- 5 Der SPD-Bezirk Braunschweig unterstützt die Bundesregierung in dem Vorhaben, Mindestlohnmodelle unvoreingenommen zu prüfen. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, diesen Prozess im Sinne des SPD-Wahlmanifests voranzutreiben und einen transparenten und verbindlichen Mindeststandard für die Entlohnung von Arbeit in Deutschland in Form eines Mindestlohngesetzes zu schaffen. Damit soll im Sinn des Koalitionsvertrags sichergestellt werden, dass Löhne in Zukunft nicht mehr in den Bereich der Sittenwidrigkeit gedrückt werden können.
- 10 Ein solcher Mindeststandard muss unter Maßgabe von Transparenz und Durchsetzbarkeit, ebenso wie Rahmengesetzgebungen zur Arbeitszeit oder zum Kündigungsschutz, bundesweit und branchenübergreifend gelten. Der Mindestlohn soll als einheitlicher Wert auf Stundenlohnbasis festgelegt werden.
- 15 Der Mindestlohn muss bei der Einführung mindestens 7,50 Euro pro Stunde betragen, auch um bestehende Standards wie die Pfändungsgrenze oder die Höhe bestehender Mindestlöhne in wirtschaftlich vergleichbaren EU-Ländern nicht deutlich zu unterschreiten.
- 20 Seine Höhe ist regelmäßig, mindestens einmal jährlich, an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Sie muss sich an der EU-Definition der Grenze zur Einkommensarmut, also 60% des durchschnittlichen Nettolohnes orientieren und sollte das Existenzminimum einer Alleinstehenden oder eines Alleinstehenden mit einem Kind absichern. Zur regelmäßigen Anpassung der Höhe soll ein Mindestlohnrat eingerichtet werden. Dieser
- 25 wird beim Bundesarbeitsminister angesiedelt und von diesem eingesetzt. Der Mindestlohnrat ist paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Regierung sowie der Wissenschaft zu besetzen. Die Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler sind im Einvernehmen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zu berufen.
- 30 Zur Anpassung bestehender Arbeitsverhältnisse und Tarifverträge an den gesetzlichen Mindestlohn können zur Einführung eines Mindestlohngesetzes bedarfsweise Übergangsfristen festgelegt werden.
- 35 Zur Vermeidung von Hürden beim Einstieg in das Berufsleben, kann der Mindestlohnrat bei bestimmten Voraussetzungen, jedoch nur bis einschließlich zum 21. Lebensjahr niedrigere Einstiegssätze festlegen. Ausbildungsvergütungen sowie Aufwandsentschädigungen für Praktika sollen unter eine gesonderte Mindestlohnregelung fallen.
- 40

Beschluss/Thema: Soforthilfe für Jugendliche	Antrag Nr.: A 9
Antragsteller: Unterbezirk Gifhorn	
Block: Arbeit und Soziales	

5 Es sollen 10.000 vollzeitschulische Ausbildungsplätze in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit Kammerabschluss an den Niedersächsischen Berufsschulen geschaffen werden. Diese Ausbildung muss auch mit festen Praxisanteilen verbunden werden. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei den Berufsbildenden Schulen. Für diese vollschulischen Ausbildungsplätze soll das Berufsbildungsgesetz (BBiG) entsprechend angewendet werden.

10 Dieses neue Programm soll auf 7 Jahre (zwei Ausbildungsgänge) befristet sein und richtet sich an Jugendliche bzw. junge Erwachsene, die bis zum 30.9. eines Kalenderjahres keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und sich in den „Warteschleifen“ befinden.

15 Für ihre Arbeit soll diesen Auszubildenden eine Ausbildungsbeihilfe in Höhe von 300 Euro (plus Sozialversicherung) aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit gezahlt werden. Die Auszubildenden sind von Zahlungen der Prüfungsgebühren und von Zahlungen für notwendige überbetriebliche Lehrgänge freizustellen.

Beschluss/Thema: Betriebspraktika	Antrag Nr.: A 10
Antragsteller: AfA im Bezirk Braunschweig	
Block: Arbeit und Soziales	

20 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung von Praktika wie z.B. bei der Abgrenzung von Lern- und Arbeitsverhältnis, bei der Formulierung von überprüfbaren Mindeststandards, hinsichtlich einer Höchstdauer und einer Vergütung zu schaffen.

25 Die zeitliche Begrenzung von Praktika soll dabei auf 3 Monate - Ausnahme sind Praktika im Rahmen von schulischer und wissenschaftlicher Ausbildung oder staatlichen Programmen - befristet sein, die Mindestvergütung muss mindestens 300 Euro im Monat bzw. für Volontariate und ähnliche Berufseinstiegsprogramme mindestens 7,50 Euro pro Stunde betragen.

30 Alles, was Praktikanten tatsächlich hilft, muss in die Debatte eingebracht werden.

Beschluss/Thema: Private-Equity-Fonds	Antrag Nr.: W 2
Antragsteller: Unterbezirk Goslar	
Block: Wirtschaft, Finanzen und Verkehr	

5 Die Verantwortlichen in Land und Bund werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass so genannte Private-Equity-Fonds, die sich an deutschen Unternehmen beteiligen, zukünftig stärker kontrolliert werden. So sollten die Fonds verpflichtet werden, keine "schnellen Gewinne" aus den Unternehmen zu ziehen, um die Unternehmen nicht im Bestand zu gefährden. Ebenfalls sollte eine neue Transparenzregelung dafür sorgen, dass man die neuen Anteilseigner kennt, um Betriebe vor feindlichen Übernahmen zu schützen.

10 Es sollte gesetzlich festgelegt werden, dass innerhalb der ersten drei Jahre nach Übernahme der Unternehmensanteile weder große Teile des Eigenkapitals ausgeschüttet werden, noch eine zu schnelle Refinanzierung die Entwicklung des Unternehmens beeinträchtigen dürfen.

Beschluss/Thema: Kürzung der Regionalisierungsmittel ausgleichen	Antrag Nr.: W 3
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Wirtschaft, Finanzen und Verkehr	

15 Der SPD-Bezirksparteitag fordert vom Land Niedersachsen

- die Rücknahme der Kürzung bei den Regionalisierungsmitteln, um weitere Einschränkungen im Fahrplanangebot auszuschließen, und die vorgenommenen Einschränkungen rückgängig zu machen. Die zweckentfremdeten Regionalisierungsmittel in Höhe von 100 Mio. Euro sind dem schienengebundenen ÖPNV wieder zur Verfügung zu stellen.
- die Ausgleichszahlungen für die Ausbildungsverkehre mit originären Landesmitteln zu bestreiten.

25 Der SPD-Bezirk Braunschweig unterstützt deshalb auch die Volksinitiative „Keine Kürzungen bei Bus und Bahn in Niedersachsen!“.

Beschluss/Thema: Schüler/innenbeförderung	Antrag Nr.: W 6
Antragsteller: Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Wirtschaft, Finanzen und Verkehr	

30 Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Landtagfraktion werden aufgefordert, die Schülerbeförderung so neu zu konzeptionieren, dass die Schülerinnen und Schüler nach den heute allgemein geltenden Sicherheitsstandards, wie zum Beispiel bei Reisebussen, befördert werden. Dazu sollen insbesondere die Anschlapppflicht und der Wegfall von Stehplätzen

35 gehören. Eventuell entstehende Mehrkosten sind durch Landesmittel auszugleichen.

Beschluss/Thema: Für eine moderne und sozial gerechte Familienpolitik	Antrag Nr.: F 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Familienpolitik	

Weiterentwicklung unserer Familienpolitik

5 Wir wollen den von uns begonnenen Weg einer modernen Familienpolitik mit weiteren klaren Akzentsetzungen weiter gehen. Deshalb setzen wir uns zum Ziel, zügig Quantität und Qualität der Angebote für Betreuung, Bildung und Erziehung zu verbessern.

10 Das können wir erreichen, indem wir

- einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für alle Kinder vom ersten Geburtstag an bis hin zum Schuleintritt, der ab dem Jahr 2010 gilt, beschliessen.
- durch Qualifizierungsangebote sowie dem Angebot auch einer weiter verbesserten Ausbildung für Erzieher und Erzieherinnen der Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Förderung der Kinder Rechnung tragen
- schrittweise die Eltern von den Beiträgen für Kindergärten/Kindertagesstätten befreien.

20

Beschluss/Thema: Kostenlose Betreuung in Kindertagesstätten	Antrag Nr.: F 4
Antragsteller: Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Familienpolitik	

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, den Beschluss aus der Klausur am 7. Januar 2007 zur kostenlose Betreuung in Kindertagesstätten so zu ergänzen, dass sichergestellt wird, dass den Kommunen keine weiteren Kosten bei der Umsetzung des Beschlusses entstehen.

25

Antrag/Thema: Studienkredit der KfW-Förderbank fair ändern	Nr.: B 1
Antragsteller: Unterbezirk Gifhorn	
Block: Bildungspolitik	

30 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert den Studienkredit der KfW-Förderbank auf seine sozialen Folgen zu überprüfen und eine Änderung der Konditionen zu erwirken. Dabei soll insbesondere die an den Kapitalmarkt gekoppelte, variable Verzinsung abgeändert und durch einen einen garantierten, sozialverträglichen Höchstzinssatz für die gesamte Laufzeit ersetzt werden.

35 Unser Ziel bleibt aber vorrangig das kostenfreie Erststudium !

Beschluss/Thema: Asse II -Endlagersuche und Einlagerungsart	Nr.: U 1
Antragsteller: SPD Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Umwelt und Energie	

Es soll eine unabhängige Atommüllendlagersuche in ganz Deutschland durchgeführt werden. Hierzu sind die Kriterien für Atommüllendlager konkreter zu beschreiben.

5

Beschluss/Thema: Asse II - Atomrecht	Antrag Nr.: U 2
Antragsteller: SPD Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Umwelt und Energie	

10

1. Das Atomrecht soll für alle Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland gelten. Das heißt auch das Atommüllendlager Asse II ist unter das Atomrecht zu stellen, wenn der dort eingelagerte Atommüll im Schacht verbleiben soll.

15

2. Für Asse II soll eine wissenschaftliche Aussage über die Eintreffenswahrscheinlichkeit zum Konzept des Betreibers (GSF) erstellt werden.

20

3. Der Betreiber von Asse II soll im Rahmen des Sicherheitsnachweises Maßnahmen darstellen, wie auf eine Überschreitung der heutigen oder zukünftigen Grenzwerte durch Austritt radioaktiver und / oder chemisch- toxischer Stoffe aus Asse II in die Biosphäre reagiert werden kann. Um einen sinnvollen Katastrophenschutz zu gewährleisten sind Maßnahmenpläne zu erstellen.

25

4. Die Standsicherheit von Asse II soll unter Beteiligung unabhängiger Wissenschaftler auf folgende Fragen untersucht werden:

a) Ist die Standsicherheit des Schachtes Asse II für eine Rückholung des Atommülls gegeben?

b) Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen kann die Standsicherheit ggf. für den Zeitraum der Rückholung sichergestellt werden?

30

Beschluss/Thema: Nutzung regenerativer Energien für denkmalgeschützter Häuser	Nr.: U 4
Antragsteller: Unterbezirk Goslar	
Block: Umwelt und Energie	

Die Verantwortlichen in Bund, Land, Kreis und Gemeinden werden aufgefordert, auch den Besitzern denkmalgeschützter Häuser die Nutzung regenerativer Energien zu ermöglichen und bestehende Förderprogramme zur Wärmedämmung zu intensivieren.

35

Beschluss/Thema: Energiekonzept	Antrag Nr.: U 5
Antragsteller: Unterbezirk Braunschweig	
Block: Umwelt und Energie	

5 Der SPD-Bezirk Braunschweig entwickelt für sich und seine Untergliederungen ein Konzept um Energie und Ressourcen einzusparen und die Gesamtkosten für Energie zu reduzieren. Ergänzend wird der SPD-Partei Vorstand aufgefordert, die Möglichkeit von „Bündel- bzw. Rahmenverträgen“ für den Einsatz von Strom und Wärme aus ökologischer Herstellung für die SPD bundesweit zu prüfen.

10

Beschluss/Thema: Änderung der Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften	Antrag Nr.: O 1
Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	
Block: Organisationspolitik	

15 Der SPD-Bezirk Braunschweig nimmt die Überlegungen des Parteivorstandes zur Kenntnis. Er fordert zukünftig eine angemessene sächliche und personelle Unterstützung der Arbeitsgemeinschaften.

Beschluss/Thema: Dr.-Heinrich-Jasper-Preis	Antrag Nr.: O 2
Antragsteller: Unterbezirk Braunschweig	
Block: Organisationspolitik	

20 Der SPD-Bezirk Braunschweig wird aufgefordert zu prüfen, ob es möglich ist einen Dr.-Heinrich-Jasper-Preis ins Leben zu rufen.

25 Der nach dem ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten des Freistaates Braunschweig und letztmaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden vor der Machtübernahme an die Faschisten benannte Preis soll für engagiertes Auftreten gegen das Wiedererstarken des Rechtsradikalismus und Neofaschismus verliehen werden. Als ständiger Termin zur Verleihung bietet sich der Holocaust-Gedenktag am 27.01. oder der Rieseberg-Gedenktag am 04.07. an.